

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Konkrete Maßnahmen gegen die aktuelle Ozongefahren schlagen **Christoph Zöpel MdB** und **Michael Müller MdB** vor.

Seite 1

Wie passen die Verschleppung der EU-Arbeitsschutz-Rahmenrichtlinie durch Bonn und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zusammen, fragt **Manfred Reimann MdB**.

Seite 2

Die Agrarreform der Bundesregierung ist ein "Misthaufen" der schleunigst weg muß, meint **Rudolf Müller MdB**.

Seite 2

Warum die Bundesregierung eine ernsthafte Diskussion über die Entwicklung im humanitären Spendenwesen abblockt, möchte **Rudolf Bindig MdB** wissen.

Seite 4

49. Jahrgang / 142

27. Juli 1994

### Wie lange bleibt Bonn tatenlos? Maßnahmen gegen hohe Ozonkonzentration

Von **Christoph Zöpel MdB**  
Mitglied des Präsidiums der SPD  
und **Michael Müller MdB**  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Ozonwerte haben in den letzten Tagen eine gesundheitsgefährdende Höhe angenommen, doch die Bundesregierung tut noch immer nichts. Gegenmaßnahmen sind möglich, deshalb fordert die SPD die Bundesregierung auf, schnell zu handeln und die Praxis der folgenlosen Ankündigungen zu beenden.

Der Anteil der Fahrzeuge mit geregelterm Katalysator im Bestand erreicht erst 30 Prozent und die Bundesrepublik ist noch immer das einzige Land in Europa, wo es selbst bei akuten Gefahrensituationen wie dem Sommersmog keine Geschwindigkeitsbegrenzungen gibt. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion eine kleine Anfrage "Minderung der Ozonbelastungen - Maßnahmen gegen den Sommersmog" eingebracht. Darin fordert die SPD von der Bundesregierung konkret darüber Auskunft, ob sie auch weiterhin tatenlos bleiben will. Dabei liegen die Gegenmaßnahmen auf der Hand:

- o Ab einem Richtwert von 180 Mikrogramm m<sup>3</sup> müssen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, Innenstadtbereiche oder Regionen für Fahrzeuge ohne geregelten Katalysator zu sperren.
- o Im Immissionsschutz-Gesetz müssen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Sommersmog-Verordnung geschaffen werden.
- o Bei hohen Ozonkonzentrationen müssen generell Geschwindigkeitsbegrenzungen gelten.
- o Die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für Flottenverbrauchsregelungen.
- o Absenkung der Benzol-Konzentration im Benzin auf ein Prozent.  
(-/27. Juli 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 87, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Freiwillige Lösung  
auf umweltfreundlichem  
Recycling-Papier



**Saubere EU-Ratspräsidentschaft**  
**Bundesregierung verschleppt EU-Rahmenrichtlinie für Arbeitsschutz**

**Von Manfred Reimann MdB**  
**Arbeitsschutzexperte der SPD-Bundestagsfraktion**

Laut EG-Ratsbeschluß sollten die Mitgliedsländer der Europäischen Union die EG-Arbeitsschutzrahmenrichtlinie bis zum 31. Dezember 1992 in nationales Recht umwandeln. Zunächst wurde der Gesetzentwurf, unter Mißachtung des unter der sozialliberalen Koalition erarbeiteten Referentenentwurfs und der großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion mit ca. ein-einhalb-jähriger Verspätung vorgelegt, dann erwies er sich als für die Praxis in keiner Weise ausreichend und nun wurde auch noch dieser mit Mängeln behaftete Gesetzentwurf auf Drängen der FDP von der Tagesordnung des Deutschen Bundestages zurückgezogen.

Nicht nur, daß dies Ende Juni, also kurz vor Beginn der Sommerpause geschah und somit ganz klar ist, daß für diese Legislaturperiode der Zug abgefahren ist. Besondere Skandalqualität erreicht diese Mißachtung von EG-Vorgaben dadurch, daß mit dem 1. Juli 1994 die Bundesrepublik Deutschland für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft übernahm. Ausgerechnet Herr Kohl, der sich so gern als konsequenter Verfechter der europäischen Einheit feiern läßt, trägt für das Scheitern des Gesetzentwurfs die Verantwortung, als deutscher Regierungschef. Hat ihm die FDP etwa mit der Kündigung der Koalition gedroht?

Deutschland wird ziemlich sicher, so wie es anderen EU-Mitgliedern in der Vergangenheit gegenüber gehandhabt wurde, für die Säumigkeit im Bereich des Arbeitsschutzes empfindlich gerügt, wenn schon nicht in anderer Form bestraft werden. Doch ist wohl nicht damit zu rechnen, daß der amtierende Präsident des Europäischen Rates Kohl den deutschen Kanzler Kohl angemessen zur Rechenschaft ziehen wird.

{-/27. Juli 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Ein Misthaufen**  
**Die deutsche Agrarpolitik muß schnellstens umdenken**

**Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB**  
**Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

Minister Borchert kann einem leid tun. Er hat eine Agrarpolitik zu vertreten und zu administrieren, die er selbst sicher anders gestaltet hätte, an der er kurzfristig nichts ändern kann und die viele seiner Parteifreunde garnicht grundlegend ändern wollen. Damit die von Schweinepest und Rinderseuche ohnehin arg gebeutelten Bauern vor den Wahlen mit der Union nicht noch unzufriedener werden, bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als vieles zu beschönigen. Die Frage ist nur, ob das hilft. Wie die Praxis über die Agrarreform dankt, konnte man in der Folge 21 des Landwirtschaftlichen Wochenblattes Westfalen-Lippe lesen. Da heißt es : "Für die Landwirtschaft hierzulande ist die Agrarreform nichts anderes als ein Misthaufen, den man schnellstens beseitigen sollte. Da hilft auch nicht, daß man nun den Betroffenen klar macht, der

Misthaufen liege da nun einmal und müsse als Fakt akzeptiert werden. Es hilft auch nicht, wenn man den Menschen klar macht, daß auf Dauer dieser Misthaufen nicht mehr so sehr stinken werde oder die ersten 'gläubigen Realisten' freudig um diesen Misthaufen herumtanzen, weil sich einige in der von ihm ausgehenden Wärme wohlfühlen." Was anschließend gefordert wird, deutet allerdings auch nicht darauf hin, daß man eine Agrarpolitik will, die marktwirtschaftlicher ist als die derzeitige. Jetzt rächt es sich, daß die Agrarpolitik der Koalitionsparteien allzu sehr vom Ziel beherrscht wurde, den unausweichlichen Strukturwandel so weit wie möglich zu verhindern, um der Union Stammwähler zu sichern. Hätte die Politik der von den Koalitionsparteien gestellten Agrarminister die bei einem großen Teil des Berufsstandes durchaus vorhandenen Einsichten in die Notwendigkeit wettbewerbsfähiger Strukturen genutzt, wäre man nicht in dieser Sackgasse gelandet. Auch viele Bauern sind hin- und hergerissen, weil sie sich einerseits durchaus zutrauen, es unter gleichen Wettbewerbsbedingungen mit jedem Konkurrenten aufzunehmen, andererseits aber Quoten, Prämien und Ausgleichszahlungen - sofern man genug davon hat oder bekommt - mehr Sicherheit versprechen, zumindest so lange man an deren andauernde Finanzierung glauben kann. Wenn da nur die große Arbeitsbelastung nicht wäre. Allein von daher geht ein Druck zu Veränderungen aus, wie sie die Sozialdemokraten schon seit den 70er Jahren immer wieder gefordert haben. Das oben genannte Wochenblatt schreibt schon eine Woche später: "Statt den Strukturwandel zu verteufeln, ist die westfälische Landwirtschaft ... besser beraten, die betrieblichen Strukturen zu verbessern, um auf diese Weise betriebs- und arbeitswirtschaftliche Probleme gleichermaßen zu lösen." Nur wird das in den kommenden Jahren unter schwierigen Verhältnissen erfolgen müssen, zu denen auch die Unbeweglichkeit einer falsch angelegten EU-Agrarpolitik gehört. Schon vor Jahren ist aus der SPD eine gemeinsame Anstrengung aller Parteien gefordert worden, die Agrarpolitik zu überprüfen, um möglichst viele (damals nur westdeutsche) Bauern für die Zukunft zu rüsten. Die Koalition hat nicht einmal negativ, sondern gar nicht darauf reagiert und weiter an der Perfektionierung einer langfristig unhaltbaren Politik mitgewirkt. Die Leidtragenden sind vor allem die westdeutschen Bauern, die jetzt sehen, wie sich, wenn auch unter Schwierigkeiten, in den neuen Ländern ganz andere Strukturen herausbilden, während junge, tüchtige Landwirte im Westen dank dieser Politik oft genug kaum eine Chance haben, "in gut funktionierenden Betriebszweigen" zu wachsen, was der oben genannte Artikelschreiber als nötig ansieht. Noch nötiger, ja geradezu lebenswichtig ist die Umstellung vom Produktions- zum Vermarktungsdenken, wie es der DBV-Präsident gerade gefordert hat. Die derzeitige Verunsicherung der Verbraucher durch BSE ist wie jede Krise auch eine Chance, vor allem für die deutschen Bauern. Wenn sie nicht sofort daran gehen, Qualitäten und Herkünfte zu garantieren, werden das über kurz oder lang die Konkurrenten tun. Vielleicht zum letzten Male können Marktanteile auf dem so hart umkämpften deutschen Markt gewonnen, aber auch verloren werden. Das hat der Bauernverband erkannt, aber die Praxis muß dieser Einsicht folgen. Sie kann es leicht, weil sie für das meiste, was hier zu tun ist, weniger die Hilfe der Agrarpolitik als die notwendigen Einsichten braucht. Die deutsche Politik muß alles ihr mögliche tun, um diese Entwicklung zu fördern. Das ist zukunftssträchtiger als das Herumbasteln an einer auf die Dauer nicht haltbaren Agrarreform. Wie hat das Westfälische Wochenblatt - nicht gerade sehr vornehm, aber deutlich - dazu geschrieben: "Misthaufen bleibt Misthaufen - und der muß weg."

(-/27. Juli 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

## Bundesregierung blockt Diskussion über humanitäres Spendenwesen ab

Von Rudolf Bindig MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

In der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zum humanitären Spendenwesen hat die Bundesregierung - und hier wohl in erster Linie das federführende Finanzministerium - teilweise eine anerkennenswerte Fleißarbeit geleistet. Sie hat Daten über den deutschen Spendenmarkt mit dem Schwerpunkt Auslandshilfe aufgelistet und die rechtlichen Grundlagen des Spendenwesens dargestellt. Die Zusammenstellung dieser Informationen über einen immer unübersichtlicher werdenden Markt war eines der Anliegen der Großen Anfrage. So weit so gut. Aber bereits bei der Beurteilung der Entwicklungen auf dem Spendenmarkt (in erster Linie eine Verschärfung des Wettbewerbs) gibt sich die Bundesregierung zurückhaltend, wohl um nicht den Anschein entstehen zu lassen, es bestünde in irgendeiner Weise Handlungsbedarf. Wie unter Wiederholungszwang betont sie, für eine Verunsicherung der SpenderInnen angesichts von Meldungen über vereinzelt Mißbrauch mit Spendengeldern gäbe es keine Anhaltspunkte, die BürgerInnen blieben "weitgehend unbeeindruckt".

Nun geht es nicht darum, eine Krise auf dem deutschen Spendenmarkt herbeizureden. Das Spendenaufkommen ist seit 1990 stabil. Aber: wenn denn nach den Aussagen der Bundesregierung das Vertrauen der SpenderInnen nicht gesunken ist, Mißbrauch mit Spendengeldern nur sehr vereinzelt betrieben wird und die bestehenden Kontrollmechanismen, in erster Linie durch die Finanzbehörden, ausreichen - warum sah sich dann das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) veranlaßt, ein Spendensiegel zu entwickeln und warum hat sich der Deutsche Spendenrat gebildet, der einen Ansehensverlust des Spendengeschehens und eine Verunsicherung der SpenderInnen verhindern will und es sich zur Aufgabe macht, "Mißstände im deutschen Spendenwesen festzustellen und auf deren Beseitigung hinzuwirken"?

Beide Einrichtungen bedenkt die Bundesregierung in der vorliegenden Antwort mit Wertschätzung beziehungsweise "Sympathie" - zu Recht. Die Einschätzung der Rahmenbedingungen teilt sie mit ihnen jedoch augenscheinlich nicht. Was nun die zahlreichen verschiedenen Ansätze für denkbare staatliche Unterstützung bei der Verbesserung von Kontrolle und Transparenz im Spendenwesen betrifft, so geht die Zurückhaltung in Ablehnung über: "nicht wünschenswert", "nicht erforderlich", "weder notwendig noch sinnvoll", "praktisch unmöglich". Mit der Gleichung allerdings, die die Bundesregierung hier aufgemacht hat - staatliche Verantwortung für eine bessere Transparenz auf dem Spendenmarkt = strengere Gesetze = erhöhter Verwaltungsaufwand = überflüssig - macht sie es sich zu einfach. Es geht nicht darum, unnötig staatlich zu reglementieren. Das Ziel liegt darin, sorgfältig abzuwägen, welchen Beitrag Maßnahmen zur freiwilligen Selbstkontrolle und -verpflichtung leisten können und inwieweit dieses Ziel staatlicherseits erreicht werden kann.

So steht es unmißverständlich in der Einleitung der Großen Anfrage. In der Summe muß festgestellt werden, daß die Antwort der Bundesregierung keinerlei Bereitschaft erkennen läßt, über neuere Entwicklungen auf dem Spendenmarkt nachzudenken, geschweige denn einzelne Diskussionsfäden aufzugreifen und konstruktiv fortzuführen.

Unklar bleibt vor allem, warum die Bundesregierung der Auffassung ist, daß das geltende Spendenrecht einer Überarbeitung beziehungsweise einer Reform bedarf, wenn doch alle Einzelfragen angeblich ausreichend geregelt sind.

(-/28.7.1994/vo-ha/hgs)

\*\*\*\*\*